Nr. 06 07.04.2017

Schwimmbad-Bau: Landessportbund begrüßt Vorstoß des Main-Taunus-Kreis-Landrats

**„Signal gegen das Bädersterben“**

Im Main-Taunus-Kreis hat Landrat Michael Cyriax den Bau eines neuen Hallenbades ins Gespräch gebracht. Beim Landessportbund Hessen (lsb h) begrüßt man diese Ankündigung: „Es ist ein ermutigendes Signal, dass sich ein Landrat der Thematik annimmt. Schließlich werden immer mehr Bäder in Hessen geschlossen. Wir benötigen aber eine ausreichende Zahl an Schwimmhallen, wenn Hessen nicht zu einem Land der Nichtschwimmer werden soll“, sagt Landessportbund-Präsident Dr. Rolf Müller.

Sein Verband warnt schon seit Jahren vor den Auswirkungen des Bädersterbens. Denn weniger Schwimmbäder bedeuten auch weniger Schwimmkurse und -unterricht. „Die Nichtschwimmerquote droht also zu wachsen – und damit die Gefahr tödlicher Badeunfälle“, befürchtet Müller. Als Dachorganisation des organisierten Sports in Hessen sieht der Landessportbund auch die Zukunft seiner Mitgliedsvereine gefährdet: „Schwimmvereine sind darauf angewiesen, dass öffentliche Bäder zur Verfügung stehen. Das ist für den Breitensport wichtig, aber auch unabdingbar, wenn wir weiterhin hessische Teilnehmer bei den Olympischen Schwimmwettbewerben stellen wollen“, sagt der Landessportbund-Präsident mit Blick auf Marco Koch, Jan-Philip Glania und Co.

Den Vorstoß des Landrats Cyriax, nicht nur einen Erhalt oder den Neubau von Schwimmbädern in Städten und Gemeinden des Main-Taunus-Kreises zu fordern, sondern auch eine finanzielle Beteiligung des Kreises in Aussicht zu stellen, bewertet man beim Landessportbund positiv. „Eine Kommune allein kann die Kosten für ein Bad heute kaum noch tragen“, sagt lsb h-Chef Müller und erinnert an seine Forderung nach einer Art Schwimmbad-Umlage.

Für welche Art der (Mit-)Finanzierung sich der Main-Taunus-Kreis entscheiden wird, steht derzeit noch genauso wenig fest wie der Ort für einen potentiellen Neubau. Beim Landessportbund Hessen hofft man aber, „dass die Ankündigung von Michael Cyriax nicht bloß ein Wahlversprechen, sondern ein ernstgemeinter Vorschlag ist, der bei den entsprechenden politischen Mehrheiten auch umgesetzt wird“.